

**Kleine Anfrage**

Sandra Weegels (AfD), Pascal Schleich (AfD), Bernd Erich Vohl (AfD), Markus Fuchs (AfD), Karsten Bletzer (AfD), Christian Rohde (AfD), Olaf Schwaier (AfD), Klaus Gagel (AfD)

Schutz öffentlicher Infrastruktur vor Drohnenbedrohungen in Hessen**Vorbemerkung Fragesteller:**

In der Nacht vom 4. auf den 5. August 2026 wurde nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft Dresden und des Landeskriminalamts Sachsen im Sicherheitsbereich des Frachtflugbetriebs am Flughafen Leipzig/Halle eine Drohne mit einer unbekannten Sprengvorrichtung festgestellt. Die USBV-Einheit der Bundespolizei entfernte den Zünder des Sprengvorsatzes. Die Ermittlungsbehörden berichteten zudem von einem mutmaßlich zweiten unbekannten Flugobjekt, das mit einem Frachtflugzeug zusammengestoßen sein soll. Fragen der Drohnendetektion und -abwehr sind im Hessischen Landtag bereits mehrfach behandelt worden. Die Drucksachen 20/873 und 20/8421 befassen sich insbesondere mit der Zuständigkeitsverteilung am Flughafen Frankfurt Main. In den Drucksachen 21/2825 und 21/2837 hat die Landesregierung vorhandene technische Fähigkeiten und den beabsichtigten weiteren Ausbau der Abwehr unkooperativer Drohnen dargestellt. Die Drucksache 21/2861 behandelt darüber hinaus die weitere Bund-Länder-Koordinierung und die Entwicklung der Zuständigkeitsstrukturen. Seit Dezember 2024 enthält § 15e des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) eine besondere Befugnis zum Einsatz technischer Mittel gegen unbemannte Fahrzeugsysteme. Auf Bundesebene bestehen mit dem Gemeinsamen Drohnenabwehrzentrum von Bund und Ländern (GDAZ) und § 15a des Luftsicherheitsgesetzes (LuftSiG) weitere Koordinierungs- und Amtshilfestrukturen. Der Hessische Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz erklärte am 13. November 2025, für die Stärkung der Drohnenabwehr in Hessen stünden aus der Investitionsoffensive des Landes rund 10 Millionen Euro zur Verfügung. Am 5. August 2026 wurde zudem der Aufbau des Hessischen Drohnenkompetenzzentrums (HDKZ) am Kassel Airport bekannt gegeben. Hessen und die ukrainische Oblast Kiew haben am 26. Mai 2026 eine Zukunftspartnerschaft begründet. Die nachfolgenden Fragen beschränken sich vor diesem Hintergrund auf seit der bisherigen parlamentarischen Behandlung eingetretene Änderungen, den tatsächlichen Umsetzungs- und Einsatzreifezustand sowie konkrete hessische Schnittstellen, die sich aus den veröffentlichten Rechtsgrundlagen und Sachstandsmitteilungen nicht ergeben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Änderungen der polizeilichen Zuständigkeits- und Übergaberegelungen bei Drohnenvorfällen am Flughafen Frankfurt Main sind seit der Antwort auf die Drucksache 21/2861 vom 10. März 2026 in Hessen verbindlich umgesetzt worden? Bitte ausschließlich tatsächlich in Kraft gesetzte oder verbindlich eingeführte Änderungen unter Angabe ihrer Rechts- oder Organisationsgrundlage darstellen.
2. Welche hessische Stelle ist bei einem akuten Drohnenvorfall für die operative Anbindung an das GDAZ zuständig? Bitte die zuständige hessische Organisationseinheit benennen, ohne operativ schutzbedürftige Abläufe offenzulegen.
3. Welche hessische Stelle ist für die Anforderung der in § 15a Abs. 1 LuftSiG vorgesehenen Amtshilfe der Streitkräfte bei Drohnenvorfällen zuständig? Bitte die zuständige Stelle und die hierfür maßgebliche Rechts- oder Organisationsgrundlage benennen.
4. Welchen Stand hat die Einsatzreife der für unkooperative Drohnen vorgesehenen Detektions- und Abwehrfähigkeiten, deren Ausbau die Landesregierung in den Drucksachen 21/2825 und 21/2837

angekündigt hat? Bitte den Stand nach Planung, Erprobung und Einsatzreife darstellen, ohne sicherheitssensible Leistungs- oder Standortdaten offenzulegen.

5. Welchen Umsetzungsstand haben die am 13. November 2025 angekündigten rund 10 Millionen Euro zur Stärkung der Drohnenabwehr in Hessen? Bitte die haushaltsmäßige Veranschlagung, die bisherige Mittelbindung und Verausgabung sowie die Zuordnung zu Beschaffungsvorhaben mit Stand 12. August 2026 darstellen.
6. Wie ist der Transfer von Erkenntnissen und erprobten Technologien des HDKZ in die Einsatzpraxis der hessischen Polizei organisiert? Bitte den organisatorischen Transferweg bis zur polizeilichen Erprobung oder Einführung darstellen.
7. Welche landesweit geltenden Erlasse, Dienstanweisungen oder sonstigen verbindlichen Regelungen bestimmen derzeit die polizeilichen Melde-, Übergabe- und Entscheidungswege bei Drohnenvorfällen? Bitte Bezeichnung, Datum, Geltungsbereich und den gegenüber dem in Drucksache 20/873 beschriebenen Stand eingetretenen Fortschreibungsstand angeben, soweit dies ohne Offenlegung operativ schutzbedürftiger Inhalte möglich ist.
8. Welche drohnenspezifischen behördenübergreifenden Übungen hat das Land seit dem 1. Januar 2025 durchgeführt? Bitte Datum und beteiligte Behördenebenen angeben, ohne konkrete Schutzobjekte oder taktische Parameter zu benennen.
9. Beabsichtigt die Landesregierung, die Zukunftspartnerschaft mit der Oblast Kiew für einen strukturierten fachlichen Erfahrungsaustausch zur Drohnerdetektion, Drohnenabwehr und zum Schutz Kritischer Infrastruktur zu nutzen? Bitte den derzeitigen Prüf- oder Planungsstand benennen.
10. Welche zeitliche Verfügbarkeit strebt die Landesregierung für die polizeilichen Fähigkeiten zur Drohnerdetektion und -abwehr in Hessen an? Bitte einordnen, ob eine durchgängige oder lageabhängig kurzfristig herstellbare Verfügbarkeit angestrebt wird, ohne Standorte oder taktische Reaktionszeiten offenzulegen.

Wiesbaden, 20. August 2026



(Sandra Weegels)



(Pascal Schleich)



(Bernd Erich Vohl)



(Markus Fuchs)



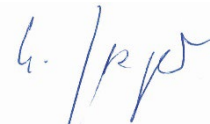
(Karsten Bletzer)



(Christian Rohde)



(Olaf Schwaier)



(Klaus Gagel)